

Mutterschutz schon vor der Geburt

Basel-Stadt könnte als erster Kanton den Mutterschaftsurlaub um drei Wochen vorverlängern.

Jonas Hoskyn

14 Wochen dauert der gesetzliche Mutterschaftsurlaub in der Schweiz. Im internationalen Vergleich ist das wenig. Und noch ein Unterschied fällt auf: In der Schweiz beginnen die 98 Tage mit der Geburt des Kindes. In den meisten Ländern in Europa sind bereits die letzten Wochen vor der Geburt im Mutterschaftsurlaub mit eingerechnet. Hierzulande wird man noch bis zum Termin als voll arbeitsfähig angesehen – ausser man lässt sich krankschreiben, was entsprechend viele Frauen auch machen.

Nun wird auch in der Schweiz die Forderung laut, dass der Mutterschaftsurlaub bereits die letzten Wochen vor der Geburt umfassen soll. In National- und Ständerat ist je ein SP-Vorstoss hängig, der drei zusätzliche Wochen fordert. SP-Nationalrätin Flavia Wasserfallen sagt: «Die Erwartung, dass Frauen bis zur Geburt arbeiten sollen, ist gesundheitlich nicht haltbar und in der Realität kaum möglich.»

Dabei sei sich die Fachwelt einig, dass es für den Geburtsverlauf und die Gesundheit von Mutter und Kind entscheidend ist, ob die schwangere Frau sich in Ruhe und mit möglichst wenig physischem oder psychischem Stress auf das Geburtsergebnis vorbereiten konnte. Und auch die Arbeitgeberseite würde profitieren, weil so mehr Planungssicherheit geschaffen würde.

«Zu teuer»: Bundesrat winkt ab

Der Bundesrat steht der Forderung allerdings kritisch bis ablehnend gegenüber, wie seine Antwort auf Wasserfallens Vorstoss klarmacht: Ausfälle in der Schwangerschaft seien bereits ausreichend abgedeckt. Entsprechend bestehe kein Handlungsbedarf, schreibt das Departement von Alain Berset. Gemäss einer Studie würden die meisten Mütter einen längeren Mutterschaftsurlaub zwar be-



In der Schweiz greift der Mutterschaftsurlaub erst ab dem Tag der Geburt.

Bild: Keystone

grüssen, aber lieber nach der Geburt. Die Einführung eines dreiwöchigen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs würde für die Erwerbsersatzordnung (EO) zusätzliche Kosten von rund 200 Millionen Franken bedeuten. Das würde den finanziellen Rahmen sprengen und wäre ohne Erhöhung der Beitrags-

sätze nicht finanzierbar, so der Bundesrat. Nicht zuletzt wird auf den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub verwiesen, der vergangenes Jahr eingeführt wurde.

Auch die Berner Nationalrätin Flavia Wasserfallen macht sich keine grossen Hoffnungen: «Solche sozialpolitischen Fort-

schritte brauchen meistens ein paar Anläufe.» Bei vielen Bürgerlichen habe sie mit ihrem Anliegen auf Granit gebissen. Bewegung in die Sache brachte vor einem Monat die Stadt Luzern. Dort hat sich das Stadtparlament Mitte Januar für drei zusätzliche Wochen Mutterschaftsurlaub vor der Geburt ausgesprochen. Ein-

«Wenn wir in Basel den Mutterschaftsurlaub verlängern, gibt das auch Druck auf Bern.»

Christoph Hochuli
Grossrat EVP

geführt werden soll dieser im besten Fall bereits kommendes Jahr. Allerdings gilt er nur für Angestellte der Verwaltung.

Forderung hat Mehrheit im Basler Parlament

Diesen Weg soll auch Basel-Stadt als erster Kanton der Schweiz gehen. EVP-Grossrat Christoph Hochuli hat nun einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Mitunterzeichnet haben ihn Politikerinnen von SP, Grün-Alternativem Bündnis, der Grünliberalen und Mitte. Damit dürfte die Überweisung an die Regierung nur noch Formsache sein. «Ich würde eine nationale Lösung bevorzugen – zumal diese dann auch in der Privatwirtschaft gilt», sagt Hochuli. Denn wie in Luzern wäre auch in Basel-Stadt die Einführung vorerst auf Verwaltungsangestellte beschränkt. Solange es auf Bundesebene aber keine Lösung gebe, solle der Kanton eine Vorreiterrolle übernehmen, sagt Hochuli. «So kann man Druck auf Bundesbern machen.»

Auch Flavia Wasserfallen unterstützt die parallelen Vorstösse auf kantonaler Ebene. «So kann man Erfahrungen sammeln und hat eine bessere Entscheidungsgrundlage.»